

Fragen

**für die Fragestunde der 138. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Januar 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ahrendt, Christian (FDP)	12, 13	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Aydin, Hüseyin-Kenan (DIE LINKE.)	54, 55	Lenke, Ina (FDP)	20, 21
Barth, Uwe (FDP)	14, 15	Lötzer, Ulla (DIE LINKE.)	51, 52
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	56, 57	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	47, 60
Dr. Dückert, Thea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 53	Möller, Kornelia (DIE LINKE.)	43, 44
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 62	Mücke, Jan (FDP)	11, 22
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	45, 46	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	7, 8	Rohde, Jörg (FDP)	31, 32
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	35, 36	Schewe-Gerigk, Irmingard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63
Dr. Happach-Kasan, Christel (FDP)	9, 10	Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	27, 28
Haustein, Heinz-Peter (FDP)	33, 34	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	23, 24
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 40
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	61	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	2, 3
Hofreiter, Dr. Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	58, 59		
Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	1, 39		
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	29, 30		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen der Aussage des Koalitionsvertrages (2005) „Zur Steigerung der Effizienz und Verbesserung der Strukturen der deutschen Entwicklungspolitik sind weitere Straffungen notwendig. Dies gilt insbesondere für eine bessere Verknüpfung von Technischer und Finanzieller Zusammenarbeit“, die auch von Staatssekretär Erich Stather laut „FAZ“-Interview vom 15. Januar 2008 als „klare Verpflichtung“ zur Reform der entwicklungspolitischen Institutionenlandschaft in Deutschland interpretiert wird, und der Tatsache, dass selbst nach Vorliegen vielfältiger Empfehlungen und Gutachten und der durch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidmarie Wiecek-Zeul, im Herbst 2006 angekündigten Verschmelzung von KfW Entwicklungsbank und Deutscher Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit zu einer neuen, schlagkräftigeren Organisation (vgl. oben zitierten FAZ-Artikel) seitdem keine konkreten Reformschritte in die Richtung einer einheitlichen deutschen Entwicklungsagentur unternommen worden sind, und ist in diesem Jahr überhaupt noch damit zu rechnen, dass es eine Reform der deutschen Institutionenlandschaft der Entwicklungszusammenarbeit in Richtung einer einheitlichen deutschen Entwicklungsagentur geben wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

2. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Welche Änderungen im Bundeswaldgesetz plant die Bundesregierung zur Erleichterung von Agroforstsystemen, und wann ist mit einem Gesetzentwurf zu rechnen?
3. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Wie viel Prozent der Waldfläche entwickelt sich aktuell natürlich, und wie viel müsste aus der aktuellen Produktion herausgenommen werden, um der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ (Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007) zu entsprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft die Schilderung des früheren Bundeswehr-Fallschirmjägers Achim Wohlgethan in seinem Buch „Endstation Kabul“ zu, er habe in Afghanistan – u. a. auf Geheiß eines Bundeswehr-Majors des militärischen Nachrichtenwesens – mindestens 12 mal außerhalb des deutschen Einsatzgebiets operiert, er sei mit deutschen Fernspähern zur niederländischen KCT-Spezialeinheit beordert worden, mit denen er im August 2002 bei Kabul der ungeklärten Erschießung von 12 Afghanen beiwohnte und habe 2002 auf Veranlassung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in Kabul zusammen mit uniformierten MAD- und deutschen Fernspähsoldaten gegen angebliche Waffenhändler und Labors in Kabul aufgeklärt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, insbesondere um die räumlichen Einsatzgrenzen der Bundeswehr in Afghanistan zu wahren sowie die Tätigkeit von MAD und militärischem Nachrichtenwesen in die entsprechenden rechtlichen Grenzen zurückzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

5. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Potenzial zur Senkung der CO₂-Emissionen des Verkehrsbereichs durch Erhöhung des Fahrrad- und Fußgängerverkehranteils, nachdem die Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2025 (FE-Nr. 96.0857/2005) für die Zahl der Fahrradfahrten und der Fußwege eine Abnahme von 5,7 bzw. 7,1 Prozent prognostiziert hat, was eine Reduzierung am Verkehrsaufkommen von 32 auf 29 Prozent und an der Verkehrsleistung von 5,9 auf 4,7 Prozent zur Folge hätte, und wie lässt sich die Prognose mit dem Ziel des Nationalen Radverkehrsplans der Erhöhung des Radverkehrsanteils vereinbaren?
6. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2025 ihre Aussage „Realistisch ist die Verringerung der Pkw-Fahrten im Bereich bis 6 km um 30 Prozent“ in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zwischenbilanz des Nationalen Radverkehrsplans 2002 bis 2012“

- (Bundestagsdrucksache 16/5255) aufrecht, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs zu ergreifen, um die Absenkung im Pkw-Bereich auch tatsächlich zu erreichen?
7. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP) Wann hat der Germanische Lloyd beim Mehrzweckschiff „Arkona“ die ersten Mängel an der Antriebsanlage festgestellt, und wie viele Wochen war das Schiff seitdem in Reparatur bzw. nicht einsatzbereit in seiner Funktion als Notfallschlepper?
8. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP) Wann und warum hat der Germanische Lloyd der „Arkona“ die Klassifizierung entzogen?
9. Abgeordnete
**Dr. Christel
Happach-Kasan**
(FDP) Warum und in welchem Umfang hat die Bundesregierung 2007 für das Mehrzweckschiff „Arkona“ Ersatzbetriebsanlagen, Ersatzteile und Propeller gekauft?
10. Abgeordnete
**Dr. Christel
Happach-Kasan**
(FDP) Trifft in der Antwort der Bundesregierung auf Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Einsatzfähigkeit und Effizienz der bundeseigenen Schiffe“ (Bundestagsdrucksache 16/7084) die Aussage der Bundesregierung zu, dass die Reparaturen der „Arkona“ in vollem Umfang vom Lieferanten getragen werden und dass dies auch für sämtliche indirekten Kosten (Dockung, Werftaufenthalt, Liegeplatzgebühr, Personal etc.) gilt, und wenn nicht, wie hoch sind diese indirekten Kosten?
11. Abgeordneter
**Jan
Mücke**
(FDP) Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass die Firma Schottel, die sowohl die „Arkona“ als auch die „Maria S. Merian“ mit Podantrieben ausgerüstet hat, diese nicht mehr herstellt (siehe HANSA International Maritime Journal 10/2007), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus für diese beiden Schiffe?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 22.

-
12. Abgeordneter
Christian Ahrendt
(FDP)
- Wie beeinträchtigt der Ausfall des Mehrzweckschiffes „Arkona“ die Notfallvorsorge in der Ostsee?
13. Abgeordneter
Christian Ahrendt
(FDP)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit der erneuten Einsatzfähigkeit der „Arkona“ (insbesondere in ihrer Funktion als Notfallschlepper), und wie soll der Ausfall kompensiert werden?
14. Abgeordneter
Uwe Barth
(FDP)
- Denkt die Bundesregierung darüber nach, im Rahmen der Neuordnung der Bundesbauverwaltung eine Bundesbauanstalt mit einem Bundesamt für Forschung und Entwicklung zu errichten, und wenn ja, soll das Bundesamt für Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern angesiedelt werden?
15. Abgeordneter
Uwe Barth
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Stadt Weimar auch aufgrund der Bauhaus-Universität ideale Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Bundesamtes für Forschung und Entwicklung in dieser Stadt bietet?
16. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 16. Januar 2008, das Wohngeld spürbar zu erhöhen, und wie sehen die weiteren Planungen der Bundesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund der einhelligen Meinung der Sachverständigen, dass es notwendig sei, das Wohngeld unter Einbeziehung der Heizkosten zu erhöhen und den vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/6543) vor allem in den Bereichen Haushaltsbegriff, gesamtschuldnerische Haftung und Wegfall von Rechtsschutzmöglichkeiten zu überarbeiten, bezüglich einer Novellierung des Wohngeldrechts aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welchen Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland im Jahr 2020 setzt sich die Bundesregierung im Rahmen der Richtlinienerstellung derzeit bei der Europäischen Kommission in Brüssel ein?
18. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Erkenntnissen der Bundesregierung zutreffend, dass eine von der Strahlenschutzkommission (SSK) geplante Arbeitsgruppe zur Bewertung der Stellungnahme des Bundesamtes für Strahlenschutz über die Epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie) vom bisherigen Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission, Professor Dr. Wolfgang-Ulrich Müller, geleitet werden soll, der sofort nach Veröffentlichung der KiKK-Studie bekannt gab, dass die darin festgestellte erhöhte Kinderkrebsrate nicht auf atomare Strahlung zurückgeführt werden könnte?
19. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche Epidemiologen in die genannte Arbeitsgruppe berufen werden sollen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

20. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)
- Zu welchen Anteilen soll sich die geplante Fortbildungsinitiative für 80 000 Personen auf Tagesmütter und -väter bzw. Erzieherinnen und Erzieher erstrecken, und wie viele von ihnen sollen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit bzw. bei Wiedereinstieg nach einer Erwerbsunterbrechung für diese Fortbildungsinitiative gewonnen werden?
21. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)
- Welcher zeitliche und finanzielle Umfang der Fortbildung ist für die einzelne Tagespflegeperson bzw. die Erzieherin bzw. den Erzieher jeweils für die einzelnen Weiterbildungsmodule und Präsenzangebote

vorgesehen, und wie soll gerade in kleineren Einrichtungen und im Rahmen der Tagespflege die Vertretung gewährleistet werden?

22. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Ist das Forschungsschiff „Maria S. Merian“, wie in der Antwort der Bundesregierung auf Frage 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP (Bundestagsdrucksache 16/7084) in Aussicht gestellt, in diesem Monat wieder einsatzbereit, und wann kann es zur nächsten Forschungsfahrt ausfahren?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

23. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die öffentliche Kritik aus Betroffenenkreisen an der nunmehr vorliegenden, mit den anderen deutschsprachigen Staaten abgestimmten „offiziellen“ deutschen Übersetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (siehe „UN-Konvention: Übersetzung enthält eklatante Fehler“ in www.kobinet-nachrichten.org vom 11. Januar 2008)?
24. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie und mit welcher Verbindlichkeit will sich die Bundesregierung bei den weiteren Abstimmungen mit den Bundesländern den Betroffenen- und Sprachsachverständigen behinderter Menschen, die zum Beispiel vom Deutschen Behindertenrat legitimiert sind, einholen und deren Interpretationsvorschläge achten?
25. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die zwischen Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz abgestimmte Übersetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie des Fakultativprotokolls zugänglich gemacht, und wie geht die Bundesregierung mit dem Vorwurf um, die gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Menschen mit Behinderungen und deren Verbänden im Vorfeld der Erarbeitung der UN-Konvention nicht auch im Zuge des Übersetzungsprozesses fortgesetzt zu haben?

*) Siehe hierzu auch Frage 11.

26. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Annahme richtig, dass bei der offiziellen Übersetzung der UN-Konvention die Begriffe „Inklusion“, „selbstbestimmt leben“ und „Barrierefreiheit“ nicht vorkommen, und wie geht die Bundesregierung mit dem Vorwurf um, diese Begriffe genau deshalb nicht aufgenommen zu haben, da ansonsten die Bundesländer mit Vorbehalten bei der Ratifizierung drohen würden?
27. Abgeordneter
Volker Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass aufgrund der Schaffung des neuen § 53a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), Personen, die die Voraussetzungen von § 53a Abs. 1 SGB II, § 16 SGB III erfüllen und denen in den letzten 12 Monaten nach Vollendung ihres 58. Lebensjahres seitens des Leistungsträgers oder der Agentur (Arbeitgeberservice) eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten wurde, auch weiterhin als arbeitslos gelten, und ergibt sich für die Bundesregierung daraus die Konsequenz, dass diejenigen, denen keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten wurde, automatisch nicht mehr als arbeitslos gelten und somit auch keine Förderleistungen seitens des Leistungsträgers oder der Agentur (Arbeitgeberservice) zusteht?
28. Abgeordneter
Volker Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass Personen, welche die Voraussetzungen des § 53a Abs. 2 SGB II erfüllen und bereits vor dem 1. Januar 2008 das 59. Lebensjahr vollendet haben, als nicht arbeitslos gelten, und wenn ja, wie viele Personen wären nach Inkrafttreten des Siebten Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze ab dem 1. Januar 2008 von der Regelung im neu geschaffenen § 53a Abs. 2 SGB II betroffen?
29. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Wie kann es nach Ansicht der Bundesregierung einer Person mit einem Verdienst von 850 Euro brutto gelingen, im Alter zu einer Gesamaltersversorgung zu kommen, die über dem Grundsicherungsniveau nach dem SGB XII von 681 Euro monatlich liegt?
30. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Welche Aufwendungen zur privaten Vorsorge, etwa einer Riesterrente, wären dafür erforderlich, und welchen Verzinsungssatz legt die Bundesregierung ihrer Berechnung zu Grunde?

31. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP) Sieht die Bundesregierung für Personen mit 10 000 Euro Jahresverdienst nicht auch eine Gefahr, später Grundsicherungsbezieher zu werden, wenn sie z. B. auch einmal Zeiten der Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben?
32. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP) Stimmt die Bundesregierung der Aussage von Walter Riester zu „Wenn jemand im fortgeschrittenen Alter erkennen sollte, dass er nach der Pensionierung ganz sicher auf die Grundsicherung von 660 Euro im Monat angewiesen ist, dann macht es ökonomisch keinen Sinn, eine Riester-Rente abzuschließen.“ (SPIEGEL ONLINE vom 17. Januar 2008)?
33. Abgeordneter
Heinz-Peter Hausteil
(FDP) Plant die Bundesregierung, um die nach bestehender Rechtslage negativen Anreize für Geringverdiener zum Abschluss einer Riester-Rente zu umgehen, eine Abschlusspflicht (Obligatorium) für die Riester-Rente einzuführen?
34. Abgeordneter
Heinz-Peter Hausteil
(FDP) Wenn nur wenige Personen in die Problemlage kommen, dass ihre private Vorsorge von der Grundsicherung voll aufgezehrt wird, warum stellt eine Teilanrechnung von 100 Euro dann nach Ansicht der Bundesregierung ein so großes Problem dar?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

35. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Verlauf und den Stand des Verfassungsprozesses in Bolivien?
36. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Wie bewertet die Bundesregierung die Autonomiebestrebungen in den reichen östlichen Provinzen Boliviens?

37. Abgeordnete
Kerstin Müller (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe für die aktuellen Verzögerungen bei der Umsetzung der African Union/United Nations (AU/UN)-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID), die viele Menschen das Leben kostet, und was hat die Bundesregierung innerhalb der EU und der UN unternommen, um diese Verzögerungen zur vollständigen Umsetzung der UN-Resolution 1769 (2007) zu minimieren?
38. Abgeordnete
Kerstin Müller (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung UNAMID wirksamer als die AU-Vorgängermission AMIS werden, wenn Staaten wie Norwegen und Schweden schon im Vorfeld ihre Beiträge zurückziehen und auch die Bundesregierung ihre Zusagen gemäß dem Bundestagsbeschluss vom 14. November 2007 noch nicht erfüllt hat?
39. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche Bereiche wird die Bundesregierung die für dieses Jahr angekündigten zusätzlichen 25 Mio. Euro für Afghanistan (vgl. Afghanistan-Konzept der Bundesregierung vom 5. September 2007) bereitstellen, und in welcher Höhe werden diese Gelder verwendet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

40. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass gemäß den Unterrichtungen des Deutschen Bundestages über die Zeiträume 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2004, 1. Juli 2004 bis 31. Dezember 2005, 1. Januar bis 31. Dezember 2006 (Bundestagsdrucksachen 15/4897, 16/2551, 16/6880) die strategische Überwachung internationaler Telekommunikationsvorgänge stetig zunahm (bei Terrorismus: 18 624/35 810/462 432; bei Proliferation: 40 286/160 719/885 771; bei Drogenhandel: 1 388/11 136/17 917), jedoch in allen 3 Bereichen sowohl die nachrichtendienstliche Relevanz der überwachten Nachrichten prozentual stark abnahm (Terrorismus: 27/35/9; Proliferation: 511/996/424; Drogenhandel: 27/8/4) wie auch die Relevanz bzw. Weitergabe für Strafverfolgungszwecke (Terrorismus: 5/1/0; Proliferation: 0/2/3; Drogenhandel: 0/1/0) nun weit unter die Promillegrenze sank, und welche organisatorischen oder gesetzgebe-

rischen Schlussfolgerungen hält die Bundesregierung angesichts dieses verschlechterten Verhältnisses zwischen Aufwand und Rechtseingriffen gegenüber den Erkenntnissen daraus für geboten?

41. Abgeordneter
**Wolfgang
Wieland**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Treffen Medienberichte zu, wonach die im derzeit auf der Grundlage von Artikel 73 Abs. 1 Nr. 9a des Grundgesetzes (GG) in der Erarbeitung befindlichen Gesetz über die Befugnisse des Bundeskriminalamtes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus vorgesehenen Maßnahmen zum Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen, zur Überwachung der Telekommunikation und zum heimlichen Zugriff auf informationstechnische Systeme sich beim Vorliegen bestimmter Gefahren auch gegen solche Personen richten können sollen, die in den §§ 53 und 53a der Strafprozessordnung (StPO) genannt sind, und soll dies auch schon bei einer abstrakten Gefahr gelten?
42. Abgeordneter
**Wolfgang
Wieland**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist mit der Einbringung des derzeit auf der Grundlage von Artikel 73 Abs. 1 Nr. 9a GG in der Erarbeitung befindlichen Gesetzes über die Befugnisse des Bundeskriminalamtes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus in den Deutschen Bundestag zu rechnen, und in welchen Punkten wird sich der Gesetzentwurf von dem im Sommer 2007 bekannt gewordenen Entwurf (Stand 8. August 2007) absehbar unterscheiden?
43. Abgeordnete
**Kornelia
Möller**
(DIE LINKE.)
- In welchen Dimensionen wird sich nach Auffassung der Bundesregierung in den nächsten Jahren die zu erwartende Nachfrage nach Personal im öffentlichen Dienst, insbesondere auf Bundesebene, infolge der vorhandenen Altersstruktur bewegen, und beabsichtigt die Bundesregierung als Ersatz dafür auch Beamte der Deutsche Telekom AG einzusetzen, wofür es nach Agenturberichten in der Deutsche Telekom AG bereits umfangreiche Vorbereitungen gibt?
44. Abgeordnete
**Kornelia
Möller**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Vereinbarungen mit der Deutsche Telekom AG hat die Bundesregierung bezüglich des Übergangs von verbeamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutsche Telekom AG in verschiedene Bereiche des öffentlichen Dienstes auf

Bundesebene für den Zeitraum bis 2010 getroffen, und in welcher Höhe soll die Finanzierung dieser Aufstockung des öffentlichen Dienstes in den einzelnen Jahren bis 2010 erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

45. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den Plänen ein, das Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte nach Wiesbaden-Erbenheim zu verlegen?
46. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Kosten werden dem deutschen Steuerzahler mit der Verlegung des US-Hauptquartiers nach Wiesbaden-Erbenheim entstehen?
47. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)
- Warum gelingt es nur völlig unzureichend, die Geldbußen, die wegen Schwarzarbeit festgesetzt werden, auch einzutreiben, und was unternimmt die Bundesregierung, um die Schere zwischen festgesetzten Geldbußen und den eingenommenen Geldbußen zu schließen (Bericht des Bundesrechnungshofes über die Organisation und Arbeitsweise der Finanzkontrolle Schwarzarbeit)?
48. Abgeordnete
Dr. Thea Dückert
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Meinung der Bundesregierung möglich, mit einem konsequenten Abzugsverbot für Aufwendungen (z. B. Betriebsverlagerungen), die im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen (z. B. im Ausland erzielten Einnahmen) entstehen, die Subventionierung von Arbeitsplatzverlagerung zu beenden?*)
49. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche gesicherten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die positiven Auswirkungen von Subventionen auf die Sicherung von Arbeitsplätzen in konkreten und belegbaren Fällen vor, und mit welchen Mitteln gewährleistet die Bundesregierung, dass die Vergabe von Subventionen an die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen geknüpft ist?

*) Siehe hierzu auch Frage 53.

50. Abgeordnete
**Kerstin
Andreae**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um statt über den Abfluss von Subventionen auch über die langfristige Wirkung von Subventionen informiert zu sein und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern entsprechend fundiert Rechenschaft abzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

51. Abgeordnete
**Ulla
Lötzer**
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zum Beschluss und zu den in der Öffentlichkeit geäußerten Gründen des Nokia-Aufsichtsrates ein, das Werk in Bochum zu schließen?
52. Abgeordnete
**Ulla
Lötzer**
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Zielen führt die Bundesregierung Gespräche mit Nokia, und welche Ergebnisse wurden bisher erzielt?
53. Abgeordnete
**Dr. Thea
Dückert**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Aussage eines namentlich nicht genannten Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in „DER TAGESSPIEGEL“ vom 17. Januar 2008 „Die Bundesregierung steht in ständigem Kontakt mit dem Unternehmen und steht für intensive Gespräche zur Verfügung.“ so zu verstehen, dass die Bundesregierung bereit ist, Nokia Subventionen für den Erhalt des Standortes Bochum zu bezahlen, und falls ja, wie will die Bundesregierung diesmal sicherstellen, dass Nokia den Standort nicht nur kurzfristig weiter betreibt, um die Subventionen zu bekommen, sondern dauerhaft mit dem Standort Bochum plant?*)
54. Abgeordneter
**Hüseyin-Kenan
Aydin**
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es sich bei der Verlagerung des Nokia-Standortes Bochum nach Rumänien um eine gezielte Mitnahme von unterschiedlichen Subventionsarten auf EU-, Bundes- und Landesebene handelt, wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers öffentlich gemutmaßt hat?

*) Siehe hierzu auch Frage 48.

55. Abgeordneter
Hüseyin-Kenan Aydin
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um der Standortkonkurrenz um Fördergelder innerhalb der EU entgegenzuwirken?
56. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welchem Zeitraum und welcher Höhe haben die Bundesregierung und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen das Nokia-Werk in Bochum gefördert?
57. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Förderinstrumenten wurde das Nokia-Werk in Bochum gefördert, und welche Arbeitsplatzgarantien und Bindungsfristen waren mit den Fördermitteln des Bundes verbunden?
58. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung die Nokia-Subventionen zurückfordern, und welche Möglichkeiten sieht sie dafür?
59. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welchen Reformbedarf ihrer Förderpolitik sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahren in großem Umfang Produktionsstätten direkt nach Auslaufen der Bindungsfristen verlagert wurden?
60. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um von Unternehmen, die öffentliche Fördermittel erhalten haben und dann ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, die Fördermittel zurückzufordern, und in welchen Fällen ist es der Bundesregierung in den letzten 5 Jahren gelungen, Fördermittel von Unternehmen, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, zurückzubekommen?
61. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fördertöpfe und -programme auf Bundesebene – einschließlich der KfW Bankengruppe u. Ä. Institutionen – können Stadtwerke im Bereich der Energieeinsparung/-effizienz und der erneuerbaren Energien nutzen, und wie hoch ist der finanzielle Rahmen dieser Programme?

62. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren Ende 2007 die Rückstellungen für Atomkraftwerke und atomare Abfälle der E.ON AG, der RWE AG, der EnBW AG sowie der Vattenfall Europe AG, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob mit Geldern aus diesen Rückstellungen Anteile anderer Unternehmen erworben wurden?
63. Abgeordnete
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und Mittelstandsbeauftragten, Hartmut Schauerte, zum Fachkräfte- und Ingenieurmangel in Deutschland, der in seiner Rede auf der 57. Jahresveranstaltung der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer Hagen (SIHK) am 12. Dezember 2007 wörtlich gesagt hat: „Deutschland hatte in der Vergangenheit so viele gute Ingenieure, weil es zwei Weltkriege vorzubereiten hatte“ (Westfälische Rundschau vom 13. Dezember 2007), und welche Konsequenzen will sie aus dieser vermeintlichen Erkenntnis des Mittelstandsbeauftragten für die Bekämpfung des Ingenieurmangels in Deutschland ziehen?